

(Berichterstatter Abg. **Andrä**.)

(A) und ich erlaube mir zu konstatieren, daß alle Gehaltsnormalien in allen durch mich vorzutragenden Kapiteln mit dem Dekret Nr. 46 und den in der Ständischen Schrift weiter vereinbarten verglichen worden sind und Übereinstimmung konstatiert wurde. Die Ständische Schrift kommt nur bei den Expedienten hinsichtlich ihrer Gehaltsstaffelung und beim Vorstande der Landwirtschaftlichen Versuchsstation bei Kap. 62 in Frage.

Zu Kap. 42, meine Herren, habe ich nichts weiter zu bemerken, und ich bitte um Zustimmung zu den Anträgen Ihrer Finanzdeputation A.

Präsident: Das Wort wird nicht begehrt. Die Debatte ist geschlossen.

„Will die Kammer beschließen:

bei Kap. 42, Ministerium des Innern, nach der Vorlage die Ausgaben in Tit. 3 unter b, c, e, i, k, l, m und n mit zusammen 562,938 M., gegenüber 543,194 M. in dem verabschiedeten Etat für 1908/09, demnach mit 19,744 M. mehr, darunter 825 M. künftig wegfallend, zu bewilligen?“

Einstimmig.

(B) Ich eröffne die Debatte zu Kap. 43.

Der Herr Berichterstatter!

Berichterstatter Abg. **Andrä:** Meine Herren! Zu den Gehaltstiteln will ich nur bemerken, daß in h II ein Minderbedarf in Frage kommt, weil ein Teil der Herren Assessoren nunmehr in c II als Regierungsamtsträger in den Etat vorfinden, was hier im Nachtragsetat genau ersichtlich ist. Der Tit. 18 ist insofern etwas Bekanntes, als in der Verabschiedung des Kap. 43, wo es sich um die Beschaffung der Gelder zum Baue eines neuen amts-hauptmannschaftlichen Dienstgebäudes in Stollberg handelte, ausdrücklich in dem Berichte und auch im Plenum bei der Berichterstattung und bei der Beschlußfassung über Kap. 43 erwähnt worden ist, daß die Königl. Staatsregierung, wenn sie die Ausstattungsgegenstände noch in dem diesjährigen Etat bewilligt haben wollte, diesen Bedarf nachträglich noch anfordern möchte. Dies geschieht jetzt hier in Tit. 18. Die Kammer hat sich damals mit einer derartigen Auffassung einverstanden erklärt. Der Vorbehalt zu Tit. 18 ist natürlich neu und notwendig, ich beantrage also auch hier, die Beschlüsse der Finanzdeputation A genehmigen zu wollen.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Langhammer.

Abg. **Langhammer:** In der sozialdemokratischen Presse ist ein „Geheimerlaß“ des Ministeriums des Innern veröffentlicht worden. Ich will dabei bemerken, daß nach meinen Erfahrungen die Sozialdemokratie und deren Presse über geheime Vorgänge im Ministerium immer besser unterrichtet sind als die bürgerlichen Parteien. Ich darf wohl von diesem Geheimerlasse wenigstens einen Teil vorlesen,

(Präsident: Wird gestattet.)

von diesem Erlasse, der überschrieben ist:

„Königl. Sächsisches Ministerium des Innern.
158 I L. Geheim.“

„Angesichts der ebenso systematischen als skrupellosen Heze, die zahlreiche Zeitungen des Landes in der Wahlrechtsfrage treiben, erscheint es dringend nötig, daß der Presse bis zur Verabschiedung der Wahlrechtsvorlage eine größere Aufmerksamkeit gewidmet und daß durch die Amtsblätter sowie mit allen sonst zur Verfügung stehenden legitimen Mitteln den falschen Darstellungen der übelwollenden Presse kräftig entgegengearbeitet wird.“

Die Regierung hat zu erwarten, daß Sie in diesem Sinne das Ihrige tun werden.

Ministerium des Innern.

Unterschrift unleserlich (scheint „Hohenthal“ zu heißen).
An die Herren Amtshauptleute.“

Meine Herren! Es sind dann eine Reihe von Gesichtspunkten, und zwar acht aufgeführt worden, welche der Amtspresse als Richtlinien für ihr Verhalten bei dem Kampfe gegen die skrupellose und systematische Heze, welche von seiten zahlreicher Zeitungen des Landes getrieben wird, zur Beachtung empfohlen werden.

Es ist Ihnen bekannt, daß gegen die erste Regierungsvorlage nicht bloß die liberale, sondern auch die konservative Presse Stellung genommen hat. Auch gegen die Regierungsvorlage Nr. 2, wenn ich sie so nennen darf, hat die konservative Presse, soweit ich sie gelesen und Ausschnitte gesammelt habe, dieselbe entschiedene und ablehnende Stellung eingenommen wie die liberale Presse. Meine Herren! Es ist nun für mich nichts Überraschendes in dem Erlasse, von dem ich nun annehme, daß er tatsächlich vom Ministerium des Innern ausgegangen ist. Es war uns ja bekannt, daß die Königl. Staatsregierung, also die Ministerien auf die Amtshauptleute und diese wiederum auf die Amtspresse einzuwirken suchen.